

# Luzerner Tagblatt

**Magdalena Kohler steht zu den «Botschaften»** 2

**Eidgenössische Untersuchung in der Affäre Bührle** 3

**Rätselraten um Kossygin** LM



**Königlicher Kranz für afrikanische Soldaten**

Hollands Königin Juliana, zurzeit mit ihrem Gatten Prinz Bernhard zu einem Besuch in Addis Abeba bei Kaiser Haile Selassie, ehrt hier mit einer Kranzniederlegung am Siegesdenkmal der äthiopischen Hauptstadt die im italienisch-äbessinischen Krieg gefallenen afrikanischen Soldaten.

## Amerikas Staatsführung unter Nixon

Von unserem USA-Korrespondenten

Ein zynischer Beobachter der Washingtoner politischen Bühne hat einmal gesagt: Das einzige, was in den acht Jahren der Aera Dean Ruskus im amerikanischen Staatsdepartement — dem Ministerium des Aeußeren — neu eingeführt wurde, ist die Ausweiskontrolle an den Eingängen; bis dahin hatte jedermann nach Belieben das Gebäude betreten und an jede Bürotür klopfen können, mit Ausnahme des «Allerheiligsten» im siebten Stock, wo der Außenminister selber, sein Stellvertreter und seine unmittelbaren Referenten untergebracht sind. Diese Kritik stimmt nicht. Die acht Jahre Dean Ruskus, des fleißigsten aller Außenminister der amerikanischen Geschichte, sind an dem Riesenministerium mit seinen 48 000 Angestellten (13 000 in Washington, 35 000 in den Außenstellen) nicht spurlos vorbeigegangen. Sowohl der Elan und die Dynamik der «gescheiterten jungen Leute», die Kennedy seinerzeit in die Regierung geholt hatte, als auch der passgenaue Arbeitsrhythmus, der unter Johnsons Normalgesetz war, haben dem früheren Schlandrian dieses Ministeriums ein Ende bereitet.

### Neue «alte Männer»

Im Wahlkampf hatte Nixon versprochen, im Staatsdepartement gründlich den «Augsstall säubern» und allenthalben «reinen Tisch» machen zu wollen. Später nahm er diese billige Forderung nicht mehr auf, dementierte sie sogar — und nach seiner Wahl zollte er Dean Rusk und dessen Mitarbeiter höchste Anerkennung und Bewunderung. Muß man daraus schließen, daß sich in der Maschinerie der amerikanischen Außenpolitik unter Nixon nichts ändern wird? Es gibt einige Leute, die das behaupten — und sie stützen diese Annahme auf die Tatsache, daß Nixon eine Anzahl alter Karrierediplomaten auf Schlüsselpositionen gestellt hat.

Da ist zuerst Botschafter Alexis Johnson, zur Zeit Botschafter in Tokio, der als Unterstaatssekretär für politische Fragen in der Hierarchie des Ministeriums vom 20. Januar an die Position Nr. 3 einnehmen wird und der bereits vor einigen Jahren einer der engsten Berater Ruskus war. Da ist ferner der neue Botschafter bei der Uno, Yost, ebenfalls früher erster Stellvertreter und Assistent der bisherigen Botschafter bei der Weltorganisation, Adlai Stevenson und Arthur Goldberg. Dazu kommen Cabot Lodge als neuer Delegationschef bei den Pariser Vietnamgesprächen und der Botschafter in Saigon,

Bunker, der auf seinem Posten verbleiben soll. Damit sind die vier wichtigsten Positionen mit alten «Professionals» besetzt worden.

«Neues Blut» wird freilich in erheblichem Umfang von Nixons Chef des Staatsdepartements gestellt: dem Außenminister selber, William Rogers, und seinem ersten Stellvertreter Richardson, zwei Männern, die hervorragende Juristen sind, in dieser Eigenschaft bereits der Regierung Eisenhower angehört haben, die aber auf außenpolitischem Gebiet total «unbeschriebene Blätter» sind. Es ist bekannt geworden, daß die Sowjetregierung wochenlang «krampfhaft versucht hat, über das außenpolitische Bild dieser beiden neuen Chefs der amerikanischen Diplomatie irgendwelche Informationen zu erhalten, und daß das Ergebnis dieser Nachforschungen null war. Rogers ist ein kühler, nüchterner, bei aller Freundlichkeit verschlossen wirkender Rechtsanwalt mit relativ großen Erfahrungen innenpolitischer Natur, und Richardson, wesentlich jünger, weist ungefähr die gleichen Eigenschaften auf: das ist alles, was sich bisher über sie sagen läßt.

Nun stimmt es freilich, daß die ideologische Generallinie der neuen amerikanischen Außenpolitik weniger vom Staatsdepartement als vielmehr vom «Küchenkabinett» des Weißen Hauses bestimmt werden wird, d.h. von Präsident Nixons persönlichem außenpolitischem Referenten Prof. Kissinger, und dessen Weltbild ist aus Büchern, Zeitschriftenbeiträgen, Gutachten usw. bekannt. Daher nimmt man allgemein an, Amerika werde in den nächsten vier Jahren etwas mehr die Akzente zugunsten von Europa und fort vom pazifischen Raum verschieben. Aber dann fragt man sich, ob wohl, wie behauptet wird, Washington unter Nixon und Rogers mehr auf die Araber hören werde als zuvor, und noch weiß niemand die Antwort.

Hinzu kommt noch etwas anderes: Zwischen den Chefs im Staatsdepartement, also dem Staatssekretär selber und seinem Stellvertreter, und der Schicht der Diplomaten wie Alexis Johnson, Yost und Bunker, müßte eine zweite Schicht eingeschoben werden, sogenannte «Assistant Secretaries», die ungefähr Abteilungsdirektoren in europäischen Ministerien entsprechen. Diese Posten sind zurzeit noch unbesetzt, der neue Präsident hat noch keine geeigneten Leute finden können, und er mußte sich helfen, indem er die bis-

herigen alten Amtsinhaber bat, vorläufig weiter zu amtieren. — Das deutet auf eine Situation, die bisher

### die Schwäche der neuen Regierung

geblieben ist: Er fand keine Leute, die zum Regierungsdienst bereit sind. — Selbst die Kabinettsmitglieder waren durchweg nur zweite oder dritte Wahl, während sich die «erste Wahl» ihm versagte. Insgesamt muß ein amerikanischer Präsident rund 600 Posten in den höchsten Regierungsspitzen neu besetzen, davon etwa 250 unmittelbar vor oder nach Amtsantritt; Und Nixon hat bisher nur zirka 100 Ernennungen vornehmen können, und unter diesen sind eine ganze Menge «Ehemalige», die schon unter Eisenhower im Regierungsdienst standen.

Die Republikanische Partei hat eine große Zahl intelligenter jüngerer Leute, zumeist auf dem Kreis der Industrie- und Bankmanager, Rechtsanwälte usw., und man hatte angenommen, darin qualifizierten Nachwuchs für die Staatsgeschäfte zu finden. Aber diese jüngeren Leute, die alle dem gehobenen Bürgergum angehören, weigern sich, ihre lukrativen kommerziellen Positionen aufzugeben, es sei denn, man bietet ihnen Spitzenpositionen an. So erwies sich das erhoffte Reservoir als überaus dürftiger Ackerboden. Nixon mußte in sein Kabinett entweder alte Eisenhower-Berater holen, oder Staatsgouverneure (nicht weniger als vier für ein 13köpfiges Kabinett), oder aber er muß auf der Ebene der Unterstaatssekretäre und Abteilungsleiter mit Berufsbeamten operieren, was der politischen Theorie der Republikaner widerspricht. Solange das Staatsdepartement einem Schiff gleicht, das mit nur halber Besatzung, ohne zweite Offiziere und Bootsmann, in See sticht, wird man über Nixons neue Diplomatie wenig Präzises aussagen können.

Hans Steinitz (New York)

### US-Politik gegenüber China

ag. (AFP) Der amerikanische Staatssekretär für politische Angelegenheiten, Alexis Johnson, sprach sich am Dienstag vor der politischen Kommission des Senats für die Aufnahme der Volksrepublik China in die Vereinigten Nationen aus, unter der Bedingung, daß Peking nicht auf den Ausschluß Nationalchinas bestehe. Johnson, der früher Botschafter in Japan war, wies allerdings darauf hin, daß er seine persönliche Ansicht äußere — Präsident Nixon hatte in seiner Pressekonferenz eine Aufnahme der chinesischen Volksrepublik in die Uno unter den heutigen Umständen abgelehnt.

## Abscheu gegen die irakischen Henker

Demonstrationen und Protesterkklärungen

London, 29. Jan. (UPI) Die Hinrichtung der 14 angeblichen Spione im Irak hat zahlreiche Protestaktionen in mehreren europäischen Städten ausgelöst. In Rom, Paris und London demonstrierten Tausende gegen die Exekutionen und verurteilten sie scharf. Auch im Europarat in Straßburg kam es zu harter Kritik.

In der britischen Hauptstadt ereignete sich vor der Botschaft des Iraks ein

Zwischenfall, bei dem ein Mann verletzt wurde. Aus einer Menge von etwa 5000 Demonstranten heraus kletterten zwei Personen auf das Dach der Botschaft und ein angrenzendes Gebäude und befestigten dort irakische Fahnen mit dem Davidstern. Auf dem Dach kam es zu einem Handgemenge, wobei Schüsse fielen. Einer der beiden auf das Dach vorgedrungenen Männer erlitt dabei eine Stüchverletzung.

In Paris demonstrierten etwa 2000 Menschen vor dem irakischen Konsulat gegen die Exekutionen. In Sprechchören rief die Menge «Sechs Millionen sind genug!» und «Mörder!». Zu Zwischenfällen kam es nicht. Zahlreiche französische Organisationen protestierten gegen die Hinrichtungen. Das französische Komitee für Solidarität mit Israel warf Irak vor, zu den Ausrottungsmethoden Hitlers zurückzukehren,

## Smrkovsky nicht mehr Parlamentspräsident

Wahl zum Vorsitzenden der Volkskammer

Prag, 29. Jan. (UPI/R) Der bisherige Parlamentspräsident der CSSR Josef Smrkovsky ist in Abwesenheit zum Vorsitzenden der Volkskammer gewählt worden. Die Volkskammer bildet zusammen mit der Nationalitätenkammer die Bundesversammlung der seit 1. Januar föderalisierten CSSR. Damit hat Smrkovsky sein bisheriges Amt als Parlamentspräsident verloren. Als Volkskammervorsitzender wird er nur noch Vizepräsident der Bundesversammlung sein, an deren Spitze als Parlamentspräsident der frühere Vizeministerpräsident Peter Colotka stehen wird. — Die Wahl Smrkovskys erfolgte mit 185 gegen 85 Stimmen bei zehn Enthaltungen.

(AFP) Smrkovsky leidet nach Angaben des Sprechers der Bundesversammlung in Prag an einer Entzündung des Oberkiefers, die eine Operation notwendig macht.

Auch die Nationalitätenkammer wählte ihren Vorsitzenden. Die KPC hatte für dieses Amt den slowakischen Anwalt Dalibor Hanes nominiert, der mit 135 gegen eine Stimme gewählt wurde.

### «Prawda» attackiert erneut Ota Sik

Moskau, 29. Jan. (UPI) Die Moskauer Parteilung «Prawda» hat den ge-

stigten Vater eines neuen Wirtschaftsmodells der CSSR erneut scharf angegriffen. Sie bezeichnete Siks Reformvorschläge als Versuch zur «Reorganisation der tschechoslowakischen Wirtschaft nach westlichem Muster». Siks Vorschläge zur Befreiung der CSSR-Industrie von den Fesseln der Bürokratie seien «bürgerlich» und «revisionistisch». Politische Beobachter fassen den «Prawda»-Artikel als Warnung an die Prager Führung auf Ota Sik nicht in die wirtschaftliche Leitposition zurückzubringen, die er vor dem sowjetischen Einmarsch am 21. August 1969 innehatte.

### Aufhebung der Vertretungen ausländischer Firmen in der CSSR

ag. (DPA) Ausländische Firmen dürfen künftig keine eigenen Vertretungen mehr in der Tschechoslowakei haben. Das wurde in Prag nach einer Meldung der Nachrichtenagentur CTK auf einer Pressekonferenz mitgeteilt. Danach wird die neue Organisation «Zenit» die Interessen ausländischer Unternehmen vertreten. Gründerfirmen von «Zenit» sind die bereits bestehenden Außenhandelsorganisationen Transakta, Rapid und Inspekta, die Handelskammer der CSSR und die tschechoslowakische Handelsbank. Die Hauptverwaltung der neuen Gesellschaft ist in Prag. Niederlassungen sollen in Bratislava, Brno und Ostrava eingerichtet werden.

## FDP-Vorstoß in der Deutschlandfrage

Von unserem Korrespondenten in Bonn

Vor einigen Tagen hat die in Opposition befindliche Freie Demokratische Partei beim Bonner Bundestag in der äußeren Form einer Großen Anfrage ihren Entwurf eines «Generalvertrags» zwischen West- und Ostdeutschland eingebracht. Mit dem Ziel, die Spaltung des Landes zu überwinden, werden insgesamt sechs Artikel vorgeschlagen: Die beiden deutschen Regierungen in Bonn und Ostberlin tauschen ständige Beauftragte aus; diese sind gleichzeitig Vorsitzende von paritätisch besetzten gesamtdeutschen Kommissionen, die Vereinbarungen auf den Gebieten der Wirtschaft, des Verkehrs und auch der Wissenschaft abschließen. Vorgeschlagen werden fernerhin gegenseitige Gewaltverzichtserklärungen und die ausdrückliche Unterstützung des Friedens in der Welt. Jeder der beiden Teile Deutschlands verpflichtet sich, alle Personen aus der Straftaft zu entlassen, deren Aburteilung mit der Tren-

nung des Landes zusammenhängt. Ebenfalls sollen beide Partner dafür sorgen, daß gegenseitige Besuchsreisen zu den gleichen Bedingungen möglich sein werden, die für Reisen in das jeweils benachbarte Ausland gelten. Der letzte Artikel bekräftigt die westalliierten Rechtspositionen in Westberlin und anerkennt, daß dieser Teil der alten deutschen Hauptstadt die Rechts- und Wirtschaftssysteme der Bundesrepublik übernommen hat; außerdem soll Ostberlin das Interesse Westdeutschlands an einem reibungslosen, ungehinderten Verkehr nach Westberlin bestätigen.

Damit hat zum erstenmal in der deutschen Nachkriegsgeschichte eine im Bundestag vertretene Partei staatsrechtlich verankerte offizielle Beziehungen zwischen Bonn und Ostberlin vorgeschlagen. Aufgegeben wird auch der Alleinvertragsanspruch Bonns für Gesamtdeutschland, also das Recht, auch für die Menschen in der Sowjetzone handeln zu können.

Vertreter der Bonner Regierungsparteien bezeichneten den Vertragsentwurf als «Wunschdenken» sowie als «Trick am Vorabend des Wahlkampfes» und erinnerten daran, daß Ostberlin bisher auf alle Vorschläge Kissingers nicht eingegangen sei. In der Tat will Ulbricht gegenwärtig keine Gespräche oder Verträge mit dem Ziel der Wiedervereinigung sondern einzig und allein die völkerrechtliche Anerkennung...

F. W. Schломann

### Ausländische Journalisten bei Franco

Madrid, 29. Jan. (UPI) General Franco empfing in Madrid elf akkreditierte ausländische Journalisten. Der spanische Staatschef forderte die Zeitungsleute auf, «das, was jetzt in Spanien geschieht, in der Welt nicht zu einer Angelegenheit der Sensation werden zu lassen». Er fügte bei: «Ich weiß, daß Sie die Wahrheit berichten werden.» Bei der kurzen Unterredung war auch Informationsminister Manuel Fraga zugegen.